Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 30 (1940)

Heft: 14

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Wolotow spricht, die Westmächte planen

Aus der großen Rede, die Molotow vor dem obersten russischen Sowjet gehalten, hat man in den versichiedenen westlichen und andern Hauptstädten sehr verschiedene Dinge herausgelesen. Um besten dürsten die Italiener zugehört haben. Eine Zeitung Italiens nennt die Rede "zweisdeutig und unklar". Die Engländer segen das Hauptgewicht auf eine Wendung, die andeutete, Rußland werde sich ankeinem großen Kriege beteiligen. Das heißt in englischer Lesart, Moskau werde Berlin nicht unterstüßen, und es paßt zu jener Kechnung, die nach dem sinnischen Frieden überlegte, es bestehe nun eine neue Situation, die sich nach allen Seiten hin entwickeln lasse.

In Frankreich hat man ein wenig anders zugehört. Es entging den führenden Stellen in Paris nicht, wie sehr Moslotow betonte, die Westmächte hätten sich Rußland gegenüber eine Reihe ofsener Kriegshandlungen "schuldig gemacht". Darsunter wäre die Entsendung von Kriegsmaterial zu verstehen . . .

man notierte sich das in Rugland.

Rumänien, das besondern Grund hat, jede Wendung des nachbarlichen Kolosses genau zu beobachten, übt sich im Verschweigen der gefährlichsten Stelle, die von Beharabien bandelt. Ruhland habe die Annexion Beharabiens nach dem letzten Kriege niemals anerkannt. Es habe sich auch nicht das gegen ausgesprochen. Also stehe diese Frage offen. Das heißt doch einfach, daß Woskau Verhandlungen wünscht und sie bei günstiger Gesegenheit aufnehmen will, und wer weiß, wie nahe der Woment dieser Willensäußerung schon gekommen? Rumänien aber benimmt sich so, als ob die angetönte "Affäre Butensto" ... eine für die russischen Parteitämpse symptomatische Angelegenheit, die eigentlich Rumänien nichts angehe ... das Wichtigste in der russischen Ministerrede gewesen sei.

Wollen wir das Fazit aus dem Rechenschaftsbericht Molotows ziehen, dann mag es etwa so lauten: Rußland hat seine Ziele in der Oftsee erreicht. Die Pläne der Westmächte, via Finnland einen richtigen Kreuzzug gegen das "sozialistische Baterland Rußland" einzuleiten, sind gescheitert ... daß Italien ansangs einer der Hauptsporner war, Italien, das man von Berlin aus gern mit Mostau versöhnen möchte, hat Stalin nicht vergessen. Und Berlin? Molotow braucht gewiß keine unsreundliche Wendung gegen Deutschland. Wer aber besondere Freundlichteiten suchen wollte, muß einige Wühe auswenden und künste

lich deuten.

Es ist eben eine der Tatsachen, die nach Beendigung des Abenteuers mit Finnland in die Waagschale fällt: Stalin hat wieder Luft bekommen, und die Beriode der steigenden Abhängigkeit von Berlin ist zu Ende. Mit der Besetzung Hangös haben sich die Gewichte in der Ostsee durchaus verschoben. Es könnte nun eher wieder so herauskommen, wie die Stalinfeinde in Deutschland gefürchtet: Daß der Abhängige in dem merkwürdigen Zweibund eben doch nicht Stalin, sondern Hitler sein werde. Molotow hat in seiner Rede irgendwo über die phantastische Idee eines Russenzuges gegen Indien gespottet. Eine Idee, die in den Zeitungen der Westmächte propagiert wurde. Er hat nicht beigefügt, daß jede derartige Idee, ob fie nun als Einfall in Persien, als Eroberung des irakischen Betrols oder als "Alexanderzug nach Indien" zuerst in deutschen Borstellungen auftauchte, den Wunschvorstellungen jener entsprang, die von einer furzfristigen Bernichtung des britischen Imperiums träumen.

Wenn Wolotow den Indienzug als absurd bezeichnet, dann versichert er London und Baris der ruffisch en Neutra-

lität in Asien, sofern die Wengandarmee irgendwelche Borftöße unternehmen werde. Die Großpläne der unruhigen deutschen Militärs werden damit desavouiert. Und als Schluß der gesamten ruffi= schen Rechnung ergibt sich, daß Rugland zuschauen will, weiter nichts. Es gedenkt die Deutschen in gewissem Umfange au beliefern, soweit, als notwendig sein wird, um ihnen den Widerftand gegen die Westmächte weiterhin zu ermöglichen, aber ja nicht, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Denn es foll keiner fiegen, nicht Hitler, nicht Chamberlain. Während der "Finnlandnot" der Ruffen trieben Stalin und Sitler mit beangstigender Schnelligkeit einem totalen Bündnis zu ... nach dem Ende dieser "Not" haben sich alle Faktoren wieder gewandelt und nehmen das frühere Geficht an: Rugland schaut zu, wie die beiden westlichen Lager, nachdem man Hitler mit dem Moskauer= patt zum Kriege gegen Polen verleitet und so den Weltfrieg glücklich zustand gebracht, sich zerfleischen und ausbluten. Sta= lin will nach dem Ende des Mordens in großem Stil ernten, fo wie er nach dem Ende Bolens in fleinerem Stil geerntet.

Der zweideutigste Passus in der ganzen Rede Molotows bezog sich auf den Bergleich zwischen den rumänischen und russischen Lieferungen an Deutschland. London und Paris würfen Rußland vor, den Deutschen friegswichtige Waren zu liefern, und diese Lieferungen böten ihnen Anlaß, Rußland mit Kriegsbandlungen zu antworten ... siehe Wassenlieferungen an die Finnen. Gegenüber Rumänien aber, das weit mehr als Rußland für die wirtschaftliche Ausrüstung Deutschlands getan, sei überhaupt nichts Unsreundliches geschehen. Das sieht ja beinahe wie eine hinterlistige Einladung aus, die Rumänen in die Zange zu nehmen, damit sie sich gegen die deutschen Forderungen sträuben möchten. Der Balkantrieg würde damit rasch reif, und die beharabische Position siele Moskau von selbst in den Schoß!

Die Frage erhebt sich, was die Westmächte angesichts der russischen Weigerung, sich "als Gegner anzubieten", im weiten Südosten zu unternehmen gedenken. Überhaupt, in welch er Richtung die alliierte Tätigkeit sich nach der Tagung ihres obersten Kriegsrates... diplomatisch und militärisch... entwickeln werde.

Bleibt es dabei, daß England und Frankreich keinen Neutralen überrennen wollen, gilt weiterhin als ungeschriebenes Geseh, daß "Neutrale unverletzlich" sein sollen, weil ihre Bersetzung die moralische Basis der Ariegszielsetzung Englands und Frankreichs bedeuten würde ... dann darf man nicht einmal Rußland angreisen, geschweige denn die Türken, Italiener oder Norweger. Molotow weiß wohl genau, was er London und Paris mit der abermaligen zynischen Neutralitätserklärung Rußlands für Bremsen anlegt.

Was aber läßt fich tun, wenn man die Neutralen aus Grundsatz schont und ihnen um keinen Preis zu nahe tritt?

Die Welt weiß inftinktiv, daß diese Schonung, die den Allieierten sozusagen sämtliche Angriffsslächen wegnimmt und sich als bester Schutz des Dritten Reiches erweist, die oberste Heeresleitung England-Frankreichs in schwere Bersuchungen sühren muß, und sie nimmt an, man spiele selbsverständlich in den beiden Haupstfädten mit solchen Bersuchungen. Darum kam ums vergangene Wochenende das Gerücht auf, die britische Flotte werde irgendwo an der norwegischen Westtüste die neutrale Wasserzone sperren und fünstig sämtliche Erztransporte der Deutschen absan-

gen. Man muß miffen, daß diese Erztransporte aus den schwedischen Gruben auf dem fürzesten Wege nach dem norwegischen hafen Narwit rollen und von dort nach den friegführenden Ländern verschifft werden. England hat in den letzten Monaten durch erhöhte Ankaufstätigkeit einen Teil der Menge, die Deutschland bisher bezog, zu sich herüber gezogen. Den Rest, so hieß es, würde nun fünftig die Flotte kapern, und was etwa durchschlüpsen sollte, würden die im Kattegatt stationierten britischen Einheiten greifen.

Bon London aus werden alle derartigen Absichten dementiert, und Norwegen beruhigt sich. Die Ungeduldigen, die schon eine britische Aktion ... "endlich" ... kommen saben, (eine für das moralische Prestige höchst gefährliche Aktion gegen einen fleinen Neutralen!) zucken die Achseln. Wieder nichts! Die an= dern, die auf den britischen Genius hoffen, weisen auf die ver= stärfte diplomatische Aftivität hin. Bor allem find die Gesandten und Botschafter aus den Baltanhauptstädten und Rom heimberufen worden, und die neuen Direttiven, die fie mitnehmen merden, künden energische Attaken gegen den vordringenden deut= schen Einfluß an. Im Zusammenhang mit dieser bevorstehen= den Aftion wird betont, daß auch Italien sich einer Aufteilung Südostraumes in "Einflußzonen" widersete ...

Wir glauben nicht, daß die angefündigte Forcierung der alliierten Tätigkeit sich hauptfächlich auf den Balkan beziehe. Wichtiger ift die Ausdehnung der Blodademaß: nahmen gegen alle Reutralen, denen man ihre übersee= Einfuhr bis auf das Maß ihres Friedensbedarfs rationieren wird. Damit wird das schwedische Erz indirekt zu kapern versucht: Für jede Tonne, die an Deutschland geliefert wird, hält man sozusagen eine Schiffsladung Amerikawaren für Schweden mehr gurud. Das find die Pläne!

Scheinregierung Wang Tsching Wei

In Nanting hat sich die schon seit langem angekündigte neue nationale Regierung" unter Wang Isching Wei etabliert, eine von den Japanern erfundene Behörde, die den unbesiegten Tschiang Kai Scheck in Tschungfing mit andern als militärischen Mitteln erledigen soll. Der Versuch stellt nichts Neues dar und ist nicht einmal spezifisch afiatisch; man tennt die "Gegenregierungen" in der Geschichte bis in die Gegenwart hinein, und die "Separatisten" in den Rheinlanden oder die "Ruusinenregierung" sind nur die jüng= sten Beispiele dieses immer wieder angewandten Mittels, der Waffengewalt mit klügern Argumenten nachzuhelfen.

Für Asien, vor allem auch für China, gilt jedoch, daß Perfönlichkeiten wie der berühmte "Wang", einst Tschiang Rai Scheds rechte Hand, seit fast einem Jahr aus der Ruomingtang ausgestoßen und als Berräter verrufen, mehr Aussichten auf Erfolg haben als anderswo. "Berräter", das klingt dem Chinesen immer ein wenig primitiv, wenn das Wort auf Meinungen und Bersuche angewandt wird, wie ein Wang sie vertritt. Wang war dafür, mit den Japanern einen Bergleich abzuschließen und ihre Vorherrschaft anzuerkennen. Das war nach dem Falle Hankaus und Kantons. Er stimmte den inoffiziellen Friedensbedingungen der Japaner bald einmal zu. Tschiang nicht. So tamen fie auseinander, und Wang flüchtete.

Ist er ein Verräter . . . oder ist viel von dem, was er plant, nur einfach altchinesische Methode? Man überlege: Japan ist ein Staat, der heute vielleicht 70 Millionen "japanblütige" Bewohner, dazu bald einmal gleichviele Koreaner und Chinesen zählt, wenn man die besetzten Gebiete in Nordchina, den Mandschutuo und das Petingergebiet, als japanisch betrachtet. Das eigentliche China zählt vielleicht das Fünffache an Leuten, wenn man in Japan nur die Japaner zählt. Und die Chinesen sind Bauern . . . zur Hauptsache zähe und unendlich tüchtige Bauern, und fie bleiben Bauern, auch wenn fie sich als Händler, Bankiers und handwerker auftun. Dieses Bauernvolk hat fich in den letten tausend Jahren mehrfach von fremden Onnastien unterjochen lassen, zum letzten Mal ums Jahr 1600 von den tungustschen Mandschus. Das Resultat der verschiedenen Eroberungen war jedesmal die Affimilierung der Eroberer durch die Chinesen, die im übrigen den Staat negierten. Soldaten, Henker und Steuerpächter waren drei Berufe, die ein Chinese als unehrlich ansah ... sie blieben den Tungusen vorbehalten ...

Wangs Idee der Zusammenarbeit mit Japan geht vom altchinesischen Gedanken aus, daß China in kurzer Zeit maßgebend fein werde, der Gewinnende in der gewaltsam begründeten Che! Wenn er im heutigen China, das nationalistisch fühlt wie nie zuvor, noch Anhänger findet, dann deswegen, weil China aus Tradition die Methode des Auffressens fremder Eroberer kennt! Wangs haß gegen Japan kann sich mit Freundlichkeit tarnen ... er kann untergründig, aber nicht minder stark sein als der Haß Tschiangs.

Aber Wang Tsching Wei hat übersehen, daß zwei Fattoren anders aussehen, als sie im traditionellen China und seiner Geschichte aussahen. Der Eroberer stellt nicht mehr eine Horde von einigen hunderttausend Köpfen, sondern ein Siebzigmillionenvolk dar, das unendlich viel schwerer zu "chinesisieren" wäre als der Mandschuftamm. China aber ist nicht mehr das China von 1840. Hundert Jahre Berührung mit Europa und Umerika haben seine Massen mit neuen Ideen erfüllt ... die Idee des Nationalismus, wenn sie diesen Namen verdient und nicht etwa eine "Geistestrantheit der fremden Teufel", darstellt, (um es chinefisch zu sagen), beherrscht die gesamten Oberschichten des Volkes und ergreift immer weitere Unterschichten, von den großstädtischen Arbeitern und Kulis angefangen bis zu den flüchtigen, vom Kriege vertriebenen Bauern.

Aus dieser Idee des Nationalismus heraus, die mit der imperialistischen Idee des japanischen heeres zusammenftößt, wird nun Wang in den Borftellungen des modern denkenden Chinas zum wirtlich en Berräter, dem fein anständiges Motiv mehr zugebilligt wird, und Tschiangs Untwort auf die erste Proflamation der neuen Scheinregierung in Nanking drückt aufs Klarfte den Willen aus, mit Wang nie und unter feinen Umftanden zu paftieren. Die dinesischen Missionen im Ausland find angewiesen worden, überall zu intervenieren und nirgends eine Anerkennung Wangs aufkommen zu laffen.

Natürlich find die Hinweise auf die militärische Lage Japans das Entscheidende. Wenn es so mare, wie die Tschungking-Regierung behauptet, dann stünde Japan demnächst am Ende seiner Möglichkeiten; die Rraft zu neuen Feldzügen würden seine Armeen so wenig aufbringen wie die geleerten Raffen; die Wehrkraft des neuen China, das da droben in den Bergen von Szetschwan entsteht, würde mit jedem Monat stärker, und die Freischaren in fämtlichen besetzten Gegenden Chinas hätten sich zu einer mahren "Auszehrung" der Besekungsarmee Japans ausgewachsen. In dieser Darftellung liegt sicher viel chinesische Abertreibungskunft ... genau so, wie in der Bezeichnung eines "Bergnügungsetablissements" als "Haus der fünfundzwanzigtausend Freuden". Allein es ist Tatsache, daß der japanische Ansturm gegen die Dün= nanbahn wieder auf Nanning zurückgefallen ift, daß ein Bormarich von Kanton nach Norden in sich zusammenbrach, daß die Chinesen südlich von Schanghai längst wieder in der Nähe von Sangtich au fteben ... und ein japanischer Rüdzug ... natürlich ein "fiegreicher" ... von 2 50 fm nördlich der großen Mauer wird von den Japanern felbst gugegeben.

Man wird also nicht fehlgehen, wenn man annimmt, der Befehl der Regierung Bangs an die Freischaren, den Rampf gegen Japan einzustellen, werde so wirtungslos sein wie die Aufforderung an die Armeen Tschiangs, die Waffen niederzulegen, oder an die Regierung in Tschungking, sich mit der neuen Nankingbeborde zu vereinigen.

Bilder Vom Krieg



Grosser Verbindungsstollen in der Maginot-Linie. Die einzelnen Festungswerke sind durch solche bombensichere Verbindungsgänge tief unter der Erde miteinander in Zusammenhang. Durch diese Stollen können auf schnellstem Wege mittels elektrischer Bahnen Mannschafts-, Munitions- und Materialtransporte vorgenommen werden. (Photo Keystone)

In den Kasematten der Maginot-Linie schlafen die Posten neben ihren schussbereiten Maschinengewehren.



Tarnungen



Getarnter Bunker im Westwall. Er ist so getarnt, dass er für den Gegner aus der Ferne kaum sichtbar ist. Sein Schussfeld beherrscht einen genau abgegrenzten Teil der Frontlinie. (Associated Press).



Gute Tarnung im verschneiten Gelände. (Photo Atlantic)



Das Auge des Bunkers. Maschinengewehr in einer getarnten Panzerkuppel. (Photo Atlantic)

Eigenartige Tarnung eines englischen "Scharfschützen", der sein Gewehr mit weissen Tuchstreifen umwunden und den Verschluss mit Schnee bedeckt hat. "Ein Sniper (Mann, der aus grosser Entfernung zielschiesst) beim Zielen", so lautet der Text zu dieser Amtlichen britischen Photo des Kriegsministeriums. Ob man wohl mit überdecktem Visier auch zielen und mit verschneitem Verschluss auch laden kann? Vielleicht im Kriegsministerium in England.



Wehropfer und Wehrstener vor den Räten

Im Nationalrat wurde, ohne daß eigentlich die Tragweite des Vorschlages überall richtig zum Bewußtsein kam, ein Ver= luch abgeschlagen, die Rechte des Parlaments ab= dubauen und auf den Bundesrat zu übertragen. Es han= delte sich nur um einen Zipfel des ganzen Rechts, wenn man so will ... nur um ein genau zu umschreibendes Einzelrecht ... aber es wäre ein Anfang gewesen, und schon der Römer sagte, man muffe den Anfängen wehren. Alle, die überzeugt find, daß dem Parlament, nicht einem "ftarten Bundesrat", die Rolle des "Souveräns", im Namen des Bolkes, gebühre, atmeten auf. Andere, die der Ansicht sind, ein Bundesrat, der über erweiterte Kompetenzen verfüge, täte uns not, zuden die Achseln. Schade!

Bundesrat und Ständerat hatten beantragt, die "Uus= gabenbefugnisse der Bundesversammlung" einzuschränken; das Parlament würde auf zehn Jahre hinaus keinerlei Summen bewilligen können, die über die Unträge des Bundesrates binausgingen. Eine Mehrheit des Nationalrates sehnte ab. Reine große Mehrheit, aber doch eine Mehrheit. Und zwar siegte der Standpunkt, daß es sich hier um Rompetenzänderungen handle, die die Sphäre der verfassungs= mäßigen Rechteverteilung berührten.

Was nun der Ständerat tun wird, weiß man noch nicht. Wenn aber der Nationalrat sich sträubt, wird doch alles beim Alten bleiben. Prattisch hätte die Neuerung, wenigstens in der Gegenwart, wenig Bedeutung. Denn es ist nicht wohl einzu= sehen, welches nach der heutigen Parteienstärke zusammen= gesetzte Parlament Ausgaben vorschlagen könnte, die nicht absolut notwendig sind! Alle Bolksvertreter sind erschrocken über die Zahlen, über die Zwangslage, vorderhand 2½ Milliarden dur Deckung der außerordentlichen Armeekosten aufbringen zu müffen, und über die vielleicht 100 Millionen, die das "normale" Bundesdefizit jährlich beträgt.

Aber nicht alle find erschrocken über die Art, wie von mehr als einer Seite versucht wird, möglichst wenig an die aufzubringende Riesensumme leisten zu müssen. Man glaubt heute schon vorauszusehen, woher die Neinparole in der kommenden Volks= abstimmung tonen wird. Ein Antrag Rochat, das Wehropfer, das 4 bis 500 Millionen abzuwerfen verspricht, fallen zulaffen, vereinigte 13 von 187 Stimmen auf fich. Man denke, was ein solcher Antrag bedeutet. Die halbe Milli= arde würde auf die Wehrsteuer und auf das "Lohnopfer" übergerechnet werden muffen. Praftisch: Das Bermögen übernimmt einen Teil seines Opfers in Form der Wehrsteuer ... ein anderer Teil aber wird abgewälzt auf jene Schichten, die sowieso schon schwerer tragen ...

Die Frage der "Opfererhebung an der Quelle" murde durch die Sozialdemokraten und durch Duttweiler erhoben. Man war der Ansicht, es sei möglich, hunderte von Millionen mehr zu erwischen, wenn man das "Quellenprindip" anwende, liegen doch 18 Milliarden unversteuerten Ber= mögens im Lande! Bundesrat Wetter, der sich in Finangsachen gründlich auskennt, brachte diese Unträge zu Fall. Er sprach von ganz "ungeheuren Erhebungen", die notwendig sein würden, um alle Vermögen nach ihrer Summe und ihren Erträgen festzustellen, und von verhängnisvollen Berspettiven. Duttweiler war der Ansicht, man könnte, wenn man woll= te, das Quellenprinzip wohl anwenden. Der Laie hört zu und versteht nicht immer. Er versteht vor allem nicht, wie es zugehn foll, daß man die Wehrsteuer an der Quelle faffen kann, das Opfer, d. h. die bis 4,5 %fteigende Vermögensabgabe, in Raten dahlbar, aber nicht. Das heißt doch, nach normalen überlegun= gen, daß man nicht alle Bermögen auftreibt, die aufgetriebe= nen aber sicher besteuert und wenigstens aus die fem Grunde ein anständiges Ergebnis der Wehrsteuer erwartet. Wenn uns aber die tompetenten Steuerstatistifer immer wieder betonen, wir brauchten viel weniger zu berappen, wenn nur die "unverlteuerten 18 Milliarden" ihre Schuldigkeit blechen würden, dann tut es einem leid ...

Immerhin muß man betonen, daß der Widerwille gegen den "alles ausschnüffelnden Staat" einen Faftor darftellt, den man als politischer Rechner ... nicht nur als steuerpolitischer ... nicht außer Betracht stellen darf, und man wird Bundesrat Wetter aufmerksam zuhören, wenn er vor den und jenen Maßnahmen warnt. Jedenfalls wird die restlose Unterdrückung der "Steuerunterschlagungen" mit Bolizei= methoden nur von totalitären Regierungen, nie von demofratischen, versucht werden fon= n en. Demofratisch vorgehen heißt wirklich etwas anderes.

Es ift nun vom Nationalrat beschloffen worden, das Wehropfer im Sinne der bundesrätlichen Vorschläge zu erheben; der höchstfat von 4,5 % statt nur 3 % geht über die bundesrätliche Borlage hinaus; freilich foll diefer Höchstsatz nur von bestimmten Grenzen an gelten und trifft praftisch nirgends das Gesamtvermögen. Was der Ständerat ändern wird, steht noch aus, damit aber auch die Endformulierung durch den Nationalrat.

Die Wehrsteuerdebatte hat ganz erhebliche Unterschiede in den Auffassungen gezeigt. Links wollte man natürlich anders staffeln als der Bundesrat, die Steuergrenze hinauffegen, die fleinen Einfommen und Bermögen entlaften, fo weit es ging, die Genoffenschaften schonen usw. Als Endergebnis beschließt der Nationalrat, alle über 3000 Franken gehenden Einkommen seien steuerpflichtig, und zwar die kleinsten mit 0,4%, die höchsten mit 6,5%. Ledige steuern schon bei 2000 Franken Einkommen. Auf Familienlaften wird Rücksicht genommen. So fieht also die Wehrsteuer, in den Umriffen gesehen, aus.

Wilchpreis und Brotpreis

Ab 1. April bezahlt der Ronfument einen Rappen mehr für den Liter Milch, und ab 15. April wird das Brot um 3 Rappen per Rilo teurer. Es ift flar, daß diese Berteuerungen Unruhe erzeugen und da und dort als Alarm wirken. Die Frage der Löhne wird akut ... eine überprüfung der Lohnverhältniffe in verschiedenen Berufen drängt sich auf.

Zu fragen, o b und warum diese Verteuerungen notwen= dig seien, braucht man wirklich nicht. Man denke nur einmal an die rapid steigenden Frachtsätze für übersee=Transporte. Die andauernde Vernichtung von Schiffsraum durch Torpedos und Minen kann selbstverständlich nicht ohne Folgen bleiben.

Bang verstehen fann man nicht, marum auch bie Milch, entgegen den ursprünglichen Absichten im Bundeshaus, nur den Getreidepreis, nicht aber die Milch, beffer bezahlen gu laffen, nun mehr toften foll. Man fann aber darauf antworten, daß der einzige Rappen die bundesrätlichen Absichten nicht ftört; die Landwirtschaft behält den erhöhten Unreiz, mehr Betreide zu pflanzen, dant den höhern Preifen für Getreide, dennoch. Der gewährte Rappen dect mahrscheinlich nur gewisse Mehrauslagen des Bauern, der eben auch mit erhöhten Produftionsfosten rechnen muß.

Es ist nur ein bedenklicher Umftand eingetreten: Die verschiedenen Bährungen schwanten, mit dem Dollar verglichen, und der Schweizerfranken bleibt fo ftabil wie ber Dollar. Wenn nun die noch funktionierende Exportindustrie daraus schließt, daß ein abgleitendes Bfund mitsamt den andern, "ans Bfund gehängten Währungen" die schweizerischen Exportmöglichkeiten bedrohe, so daß Lohnsteigerungen unmöglich seien, und wenn es ihnen allenfalls gelingt, diese Unmöglofeit zu beweisen, was foll dann geschehen? 10,8 Prozent, so stellt der Bun= desrat felber fest, ift der Lebensmittelinder feit 1936, 5,4 % seit dem August letten Jahres gestiegen. Soll das Einkommen der breiten Massen, das "Grundeinkommen", auf dem alle andern Einkommen lettlich beruben, nicht infolge der Teuerungs= welle dahinschwinden, dann muß etwas geschehen, um alle als notwendig erkannten Lohnerhöhungen zu ermöglichen, und fei es auch auf andern als den gewohnten Wegen ... -an-